



Sitzungssaal des Parlamentarischen Kontrollgremiums

MICHAEL KAPPELER / DPA

Geheimdienst-Kontrolle Spione auf offener Bühne

Die Abgeordneten des Bundestages sollen die Geheimdienste künftig besser kontrollieren können als bisher. Ein auf fünf Jahre gewählter Bevollmächtigter, im Regelfall ein Richter, soll mit einem 20-köpfigen Team dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) zuarbeiten. Das ist der Kernpunkt des neuen PKGr-Gesetzes, auf das sich Union und SPD geeinigt haben; es soll gemeinsam mit dem reformierten BND-Gesetz im Herbst verabschiedet werden. Die Bundesregierung hat bereits ihre Zustimmung signalisiert. Oppositionspolitiker sprechen von einem faulen Kompromiss: Die Regierung wolle drei Jahre nach Beginn der NSA-Affäre nun doch fast alle umstrittenen Praktiken der Geheimdienste gesetzlich legitimieren – mit der Ausweitung der parlamentarischen Kontrollbefugnisse werde dieser Umstand lediglich kaschiert. Der Gesetz-

entwurf, dem die Fraktionsvorsitzenden noch zustimmen müssen, sieht vor, dass sich die Präsidenten der Geheimdienste einmal im Jahr einer öffentlichen Anhörung stellen müssen. Berichte eines Ermittlungsbeauftragten, wie jüngst im Fall eines verstorbenen V-Manns aus der Neonaziszene, darf das Gremium künftig an vergleichbare Organe auf Bundes- und Landesebene weiterleiten. Zudem sollen die Fraktionsvorsitzenden ein Informationsrecht erhalten; bislang müssen die neun geheim tagenden Abgeordneten ihr Wissen für sich behalten. Die „besonderen Vorkommnisse“, über welche die Geheimdienstchefs das Parlament informieren müssen, werden nun erstmals, wenn auch vage, gesetzlich definiert. Schließlich sollen „Whistleblower“ aus den Diensten etwas besser geschützt werden: Ihren Namen muss das Gremium nur an die Bundesregierung weiterleiten, wenn es für die Aufklärung eines Vorwurfs zwingend erforderlich ist. jös, mba

Rentenreform Aus drei mach zwei

Horst Seehofer macht einen Rückzieher: Die CSU wird im Herbst kein eigenes Rentenkonzept präsentieren, sondern mit der CDU einen gemeinsamen Reformvorschlag vorlegen. Das Niveau der gesetzlichen Rente soll dabei, anders als von Seehofer vorgeschlagen, nicht auf dem heutigen Niveau eingefroren werden, heißt es in der Union. Man wolle sich bei einem so wichtigen Thema wie der Rente nicht schon wieder uneinig zeigen. Das Konzept soll von der bayerischen Sozialministerin Emilia Müller, CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn und dem Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Karl-Josef Laumann, erarbeitet werden.

Bundessozialministerin Andrea Nahles setzt bei ihren Vorarbeiten für die geplante Rentenreform auf externen Sachverständigen. Bevor sie ein Gesamtkonzept vorlegt, will sie sich mit Wissenschaftlern, Sozialexperten und Verbänden in einem „Dialog zur Alterssicherung“ beraten, wie es im Einladungsschreiben der SPD-Politikerin heißt. Die erste Sitzung der 18 Experten soll am 8. Juli im Ministerium stattfinden, Thema wird die zusätzliche Altersvorsorge sein. Aus der Einladung geht auch hervor, dass mit einem Reformkonzept nicht vor Ende Oktober zu rechnen ist. Nahles hat bereits angekündigt, dass sie nicht allein auf das gesetzliche Sicherungsniveau abstellen, sondern vor allem die Betriebs- und Riesterrente reformieren will. ran, cos

AfD Datenschützer prüfen Storch

AfD-Vizechefin Beatrix von Storch steht im Verdacht, mit ihrem Geflecht von Internetseiten gravierende Verstöße gegen den Datenschutz begangen zu haben. Berlins Datenschutzbeauftragte Maja Smoltczyk hat Storch einen langen Fragenkatalog zu deren Portalen wie Abgeordneten-check.de und Civilpetition.de geschickt. So wird die AfD-Politikerin gefragt: „Auf welcher Rechtsgrundlage übermitteln Sie personenbezogene Daten ..., wenn eine Einwilligung der Betroffenen nicht vorliegt?“ Geprüft wird auch, ob Storch

sensible Daten ohne Zustimmung an kommerzielle Newsletter-Anbieter weitergab und ob es stimmt, dass Abonnenten eines Mail-Verteilers ungefragt Nachrichten anderer Storch-Vereine erhielten. Die Datenschutzbehörde untersucht zudem, wie und zu welchen Zwecken Storch die Nutzerdaten intern verarbeitet. Die Seite Abgeordneten-check.de habe „bis vor kurzer Zeit keine Datenschutzerklärung“ enthalten, monieren die Prüfer. Anlass der Kontrolle war eine Beschwerde der Berliner Netzaktivistin Katharina Nocun. Daraufhin waren einige Angaben auf den Storch-Seiten geändert worden. ama

Asyl Einigung außer Sicht

Eine Einigung von Bund und Ländern, die Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftstaaten einzustufen und damit Asylverfahren zu beschleunigen, ist in weite Ferne gerückt. „Es ist zu

spät, sie haben es echt verweigert“, sagt ein Verhandlungsführer der Grünen. Führende Politiker der Partei haben ihre Ablehnung angekündigt, dabei war ein Kompromiss Mitte März schon greifbar nahe. Damals hatte der Bundesrat in einer Stellungnahme angeregt, eine zusätzliche Altfallregelung sowie eine Beschwerdemöglich-

keit für erstinstanzliche Eilentscheidungen zu schaffen. Hätte der Bund die Vorschläge aufgenommen, hätten Baden-Württemberg (Grüne/CDU), Hamburg und weitere Länder, in denen die Grünen mitregieren, dem Vorschlag mutmaßlich zugestimmt und die Mehrheit gesichert. Doch das Bundesinnenministerium nahm die

Änderungswünsche nicht auf. Nun gilt es als unwahrscheinlich, dass der Bundesrat dem Gesetzentwurf am Freitag zustimmt. In rot-grün geführten Landesregierungen heißt es in Richtung Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU): „Alle haben auf ein Gesprächsangebot Altmaiers an die Grünen gewartet.“ Das jedoch sei nicht gekommen. kn